



Corona-Krise in Deutschland Experten stellen Regierungspolitik in Frage

Stand: 06.04.2020 15:35 Uhr

In einem Thesenpapier üben mehrere Gesundheitsexperten Kritik an der Krisenpolitik der Bundesregierung. Sie sprechen von Langzeitschäden in der Bevölkerung, die der teilweise Shutdown verursache.

Von Markus Grill, NDR/WDR

Sechs Gesundheitsexperten, darunter zwei ehemalige Mitglieder des Sachverständigenrats der Bundesregierung für das Gesundheitswesen, stellen die radikalen Einschränkungen des öffentlichen Lebens in Deutschland in Frage. Der teilweise Shutdown in Deutschland könne "anfangs in einer unübersichtlichen Situation das richtige Mittel gewesen sein", schreiben unter anderem die Professoren Matthias Schrappe, Gerd Glaeske und Holger Pfaff.

Doch dieser Zustand berge die Gefahr, dass er soziale Ungleichheit und an anderen Stellen die Gesundheitsrisiken verstärke. Vor allem aber weisen die Autoren darauf hin, dass man immer noch sehr wenig über die Zahl der tatsächlichen Infektionen und die Schwere der Covid-19-Krankheit wisse.



Resochin gegen
Coronavirus

Zu früh für Optimismus?

Führende Mediziner halten die Hoffnung auf das Uralt-Medikament Resochin zumindest für voreilig. | [mehr](#)

Liegen Fallzahlen tatsächlich höher?

So hätten die täglich vom Robert Koch-Institut (RKI) verkündeten Zahlen der gemeldeten Infektionen "nur eine geringe Aussagekraft", da man nicht wisse, wie viele unentdeckte Infizierte es in Deutschland gebe. Die britischen Epidemiologen um Neil Ferguson vom Imperial College gehen in einem vor einer Woche veröffentlichten Report aufgrund von Schätzungen davon aus, dass Ende März in Deutschland bereits 600.000 Menschen mit dem Corona-Virus infiziert waren. In Italien seien es zu diesem Zeitpunkt bereits sechs Millionen Menschen gewesen, in Spanien sieben Millionen.

Die von RKI übermittelten Zahlen zur Sterberate (Case Fatality Rate) "überschätzen derzeit das Problem und können nicht valide interpretiert werden", schreiben die Autoren. Zu ihnen gehört neben dem Hamburger Staatsrat für Gesundheit, Matthias Gruhl, auch Franz Knieps, Vorstand des BKK Dachverbands und unter Spahns Vorgängern Ulla Schmidt (SPD) einst die graue Eminenz im Berliner Gesundheitsministerium.

Coronavirus

Immer mehr Ärzte und Pfleger infiziert



Immer öfter infizieren sich Ärzte und Pflegekräfte mit Corona, doch hat bundesweit niemand einen Überblick. | mehr

"Kollateralschäden in den Blick nehmen"

Kritik kommt von den Gesundheitsexperten auch an Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihrer Vorgabe, dass eine Verdopplungszeit der Infektionen nicht unter zehn Tagen anzustreben sei, ehe man über eine Lockerung der bisherigen Maßnahmen sprechen könne. Kanzleramtsminister Helge Braun hatte sogar von "zehn, zwölf oder noch mehr Tagen" gesprochen, erst dann sei man auf dem richtigen Weg. Da die Zahl der Infizierten aber so wenig aussagekräftig sei, schreiben die Autoren nun, sei es "nicht sinnvoll, von einer sogenannten Verdopplungszeit zu sprechen und von dieser Maßzahl politische Entscheidungen abhängig zu machen."

Im Gespräch erläutert Schrappe, ehemals stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrats für Gesundheit, dass man bei den jetzigen Maßnahmen immer auch "die gesundheitlichen Langzeitschäden in der Bevölkerung" im Auge behalten müssen. Studien zeigen, dass eine erhöhte Arbeitslosigkeit zu mehr Herzinfarkten, Bluthochdruck und Depressionen führen. "Wir müssen auch diese Kollateralschäden in den Blick nehmen und abwägen", sagt der Mediziner.

Gezielter Schutz für Senioren

In ihrem Thesenpapier schreiben die Autoren zum Beispiel, es sei "nicht nachvollziehbar, warum sich Kinder und Personen jüngerer Alters nicht frei bewegen können, zumindest solange sie ältere Personen nicht kontaktieren." Eine solche Lockerung der bisherigen Einschränkungen setze aber voraus, dass ältere Personen auch gezielt geschützt würden.



Corona-
Strategiepapier

Mit effizientem Testen zum "Best Case"

In einem vertraulichen Strategiepapier spielen Experten verschiedene Szenarien des Pandemieverlaufs durch. | mehr

"Wir müssen den Einkauf für diese Menschen organisieren, wir müssen eine Maske tragen, wenn wir ihnen begegnen und vielleicht sollte ihnen der Staat auch ein Netflix-Abo finanzieren", sagt Schrappe. Zudem müsse man die Alten- und Pflegeheime ins Visier nehmen. "Sobald dort eine Infektion auftritt, muss eine Taskforce kommen und sofort alle Mitarbeiter testen."

"Soziale Härten vermeiden"

Bereits in der vergangenen Wochen hatten mehrere Wissenschaftler wie der Epidemiologe Gerard Krause, der Internist Martin Lohse und der Infektiologe Hans Georg Kräusslich in einem Aufsatz eine "am aktuellen Risiko orientierte Strategie" gefordert, die "eine Lockerung von Beschränkungen mit weiterhin effektivem Gesundheitsschutz verbindet". Soziale und psychische Härten der Pandemiebekämpfung seien dabei "so weit wie möglich zu vermeiden" und "wirtschaftliche Aktivitäten" sollten ermöglicht werden, ohne unnötige gesundheitliche Risiken einzugehen.

Experten: Nur schrittweise Rückkehr zur Normalität, 04.04.2020

Das Geschäft mit den Corona-Schnelltests, 03.04.2020

[Alle Meldungen zum Thema](#) | [Coronavirus](#) | [Gesundheitsexperten](#)

[Nachrichtenatlas](#) | [Deutschland](#) | [Berlin](#)